

# **Marxismus-Leninismus an der Bergakademie von 1965 bis 1990: Anspruch und Wirklichkeit**

(Frank Richter, Freiberg)

## 1. Einleitende Bemerkungen

Der Untergang der DDR, der Anschluß an die BRD und also das Scheitern des sogenannten realen Sozialismus auf deutschem Boden stellten auch zwangsläufig das Ende eines institutionalisiert betriebenen Marxismus bzw. Marxismus-Leninismus in Lehre und Forschung an einer Hochschule wie der Bergakademie Freiberg dar. Wenn heute, mehr als 10 Jahre nach der Wende einer der damaligen Akteure des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums als Zeitzeuge in eben dieser Sache auftritt und die Geschichte der Sektion Marxismus-Leninismus an der Bergakademie darstellen will, so erweist sich das freilich als eine komplizierte Angelegenheit. Das um so mehr, als der Autor zwar in jenen 10 Jahren und schon auch geraume Zeit davor einiges gelernt und hinzugelernt hat und hatte, insgesamt jedoch an bestimmten Grundpositionen marxistischer Art festhält. Dabei versteht es sich wohl von selbst, daß es sich dabei um einen kritischen Marxismus handelt, der sich dann auch nicht in einer Festschreibung bestimmter Wertungen und Einschätzungen widerspiegelt, sondern eher in einem bestimmten methodischen Konzept zum Ausdruck kommt.

Es kann sich hier also nicht um eine Totalkritik handeln. Auch greift die gegebene Aufgabenstellung „Anspruch und Wirklichkeit“ immer noch zu kurz, da sie für jede Tätigkeit in jedem beliebigen Bereich menschlichen Lebens gültig sein muß, also für jedes andere Institut an der Bergakademie auch. Immerhin unterstellt eine solche Themenstellung, daß zwar wohl die Wirklichkeit des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium insgesamt „schlecht“ war, nicht jedoch unbedingt jeder seiner Ansprüche. Darüber läßt sich reden.

Ich bin der Auffassung, daß man weder den „Anspruch“ sowohl der DDR im Ganzen und des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums im Einzelnen idealisieren oder schönreden darf, noch die „Wirklichkeit“ in den schwärzesten Farben malen sollte. Auch verändern und veränderten sich Anspruch und Wirklichkeit im Laufe der Zeit.

Selbst wenn die DDR und mit ihr zusammen das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium gescheitert sind, so kann doch die Geschichte der ersteren wie des letzteren also nicht allein aus der Perspektive ihres Scheiterns geschrieben werden. Der Anspruch, mit dem die DDR angetreten war, leitete sich nicht nur aus der Situation her, die Faschismus und Krieg in Deutschland geschaffen hatten, sondern auch aus bestimmten grundsätzlichen Defiziten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die spätestens mit dem 1. Weltkrieg sichtbar wurden. Faschismus und 2. Weltkrieg waren ja nicht einfach „vom Himmel gefallen“... Dem stand gegenüber, daß die sogenannten zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft (politische Demokratie, individuelle Menschenrechte) – schon von Lenin an – nicht in ihrer eigenständigen und entwicklungsfähigen Bedeutung, sondern nur in ihrer Möglichkeit gesehen wurden, wichtige soziale Menschenrechte zu unterlaufen und günstige Bedingungen für die Herrschaft des Kapitals zu sichern. Ein völliger Neuanfang, das Setzen eines völlig neuen Rechtes auch in Deutschland schien also logisch zu sein.

Diese Auseinandersetzung sollte natürlich marxistisch-leninistisch, bis 1956 auch stalinistisch, begründet werden und dazu gehörte zu allererst die Beschäftigung mit dieser Theorie selber. In diesen Zusammenhang ist das Entstehen gesellschaftswissenschaftlicher Institute in der DDR an den Hochschulen im Jahre 1951 einzuordnen, das gilt auch für den gesellschaftlichen Beitrag, den diese Institute über ca. 40 Jahre hinweg zu leisten hatten, und nicht zuletzt gilt das ganz konkret auch hinsichtlich der Anstrengungen, Ansprüche und Ergebnisse im Rahmen dieses marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums für seine Akteure an der Bergakademie Freiberg.

Wenn heute die Ergebnisse dieser 40 Jahre intensiver Ausbildung (darunter auch eingeschlossen die Erziehungsabsichten über die sogenannte politisch-ideologische Arbeit) in der Regel negativ-kritisch gesehen werden – als Beitrag zur Systemstabilisierung des Sozialismus in der DDR und damit auch der Verletzung wichtiger Menschenrechte, so ist das zunächst einmal richtig, berücksichtigt in der Regel jedoch unzureichend, daß die DDR unter jenen genannten Bedingungen entstanden war, dass sich deshalb also auch marxistische Gesellschaftswissenschaften etablierten, und die Frage, wieso es den Gesellschaftswissenschaftlern insgesamt doch gelang, die Angehörigen der Hochschulen mit dem Marxismus vertraut und diesen vielfach zu ihrer ureigenen Weltanschauung zu machen, wird entweder umgangen oder nur sehr einseitig beantwortet. All dies ändert freilich nichts an der grundlegenden Tatsache, daß das marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium bzw. der Marxismus-Leninismus generell in allen realsozialistischen Staaten ein wesentliches Instrument einer Herrschaft darstellte, die ihrem Anspruch, das Volk bzw. die Arbeiterklasse zu vertreten, nicht gerecht werden konnte.

Die sogenannte Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Gestalt eines langwährenden Kalten Krieges bestimmte also den Handlungsrahmen für die Akteure in dieser Gesellschaft, ohne daß jedoch dieser Rahmen ohne jeglichen Spielraum gewesen wäre. Wenn schließlich dieser historische Versuch fehlschlug, so lag das im Wesentlichen daran, daß es nicht gelang, unter den Bedingungen der Existenz einer funktionierenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ureigene sozialistische Triebkräfte, vor allem in der Wirtschaft, zu entwickeln und das Volk auf demokratischem Wege für die Ideale des Sozialismus zu gewinnen. Auch die marxistischen Gesellschaftswissenschaften waren mit dieser Aufgabe überfordert und scheiterten, weil sie sich politischen und politisch-ideologischen Forderungen anpaßten und unterordneten. Der viel zu späte und zumal zentralistisch angelegte sowjetische Versuch einer grundlegenden Umgestaltung und Demokratisierung des Lebens im Sozialismus, die Perestroika, mißlang schließlich und schuf damit aber immerhin u. a. die Voraussetzungen für eine friedliche Umwälzung der Verhältnisse auch in der DDR. Wäre die Geschichte nicht so verlaufen, würden wir heute möglicherweise an der Bergakademie Freiberg immer noch über die marxistisch-leninistische Erziehung, Aus- und Weiterbildung diskutieren und nach Wegen zu deren Verbesserung und Weiterentwicklung suchen. Es darf ja nicht vergessen werden, daß sich der übergroße Teil der Wissenschaftler an der Bergakademie Entwicklungen der DDR-Gesellschaft nicht gegen die marxistisch-leninistische Ideologie, sondern nur in deren Rahmen vorstellen konnte.

Dazu trugen natürlich viele Faktoren bei. Die an der Bergakademie unbestreitbar existierenden Möglichkeiten relativ offener Debatten und die mit wissenschaftlichem

Anspruch auftretenden Lehrveranstaltungen auch für Mitarbeiter und Hochschullehrer waren gleichzeitig durch politische Ziele und auch durch bestimmte Repressionen politischer Art überlagert und dominiert: Der festgeschriebene „Erziehungsauftrag“ für alle Professoren gegenüber ihren Studenten zwang wenigstens zu kooperativem Verhalten auch in der vorgeschriebenen Beschäftigung mit dem Marxismus-Leninismus. Gleiches galt für Berufungen. Es ist schwierig zu bestimmen, was damals echte Überzeugungen oder Anpassungen waren.

In dieser Widersprüchlichkeit hat sich auch die Entwicklung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums vollzogen, wobei natürlich diese für die ganze DDR typischen Prozesse vielfach konkret vermittelt waren – durch die Fähigkeiten der Lehrkräfte in fachlicher Hinsicht, durch ihre Fähigkeit oder Unfähigkeit, offen mit Problemen in dieser Gesellschaft wie in der eigenen Theorie umzugehen, oder auch in bestimmten Situationen Zivilcourage in Bezug auf Falschinformationen und Fehlentscheidungen zu zeigen – oder eben nicht. Dabei gilt wohl die Tatsache, daß sich die Lehrkräfte im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium in der Regel der Probleme des Sozialismus und auch in den Vermittlungsbedingen des Marxismus-Leninismus bewußt waren und in der Hoffnung und Überzeugung lebten und arbeiteten, diese Defizite und Mängel eines Tages doch lösen zu können. Diese Defizite zeigten sich ja besonders in jenen theoretischen Gebieten, die sich mit dem Sozialismus selber befaßten, also im Bereich der politischen Ökonomie des Sozialismus, in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus (Kommunismus) wie in jenen Lehrabschnitten der Philosophie, die das reale Leben des Individuums zu ihrem Gegenstand hatten – also Freiheit, Individualität, Menschenrechte. Hier sind wir in der Regel bei abstrakten Begriffen und Idealvorstellungen stehen geblieben. In der Darstellung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft dominierte die Kritik an der Dominanz der Kapitallogik, an den sozialen Ungerechtigkeiten, der Leugnung des Rechtes auf Arbeit – bei Unterschätzung der zivilisatorischen Leistungen dieser Gesellschaft in Bezug auf persönliche Menschenrechte, Freiheit und Wohlstand. Die Reflexion nichtmarxistischer Theorien und Gesellschaftskonzepte geschah unzureichend und in betont kritisch-apologetischer Weise. Vielleicht mit Ausnahme der Zeit der Diskussion um die Perestroika Gorbatschows, die auch in der SED heftig umstritten war, dürfte die in der Wendezeit gegenüber den Mitarbeitern des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums geäußerte Kritik, sie hätten bei allen auf sie einwirkenden Zwängen mögliche Spielräume nicht oder nicht ausreichend genutzt, zu Recht bestehen.

Heute müssen Marxisten zugeben: Wenn schon nicht der Marxismus insgesamt, so hat doch der Marxismus-Leninismus seine welthistorische Rolle eingebüßt und ersterer muß seinen künftigen Stellenwert erst noch bestimmen. Seine theoretischen Implikationen haben sich nur partiell, seine praktischen letztendlich gar nicht bestätigen können. Dieser Tatbestand wird auch nicht dadurch zurückgenommen, daß die heute dominierenden nichtmarxistischen gesellschaftstheoretischen Positionen auch keinen hinreichend wahrscheinlichen und begründeten Weg aus den mannigfachen Krisen der Menschheit zeigen können.

Wie soll man also unter diesen Aspekten die an einer Sektion für Marxismus-Leninismus wie an der Bergakademie Freiberg unternommenen Anstrengungen werten, die Studenten und Angehörigen dieser Hochschule mit marxistisch-

leninistischen Kenntnissen auszurüsten, die es ihnen ermöglichen sollten, in den Auseinandersetzungen unserer Epoche zu bestehen?

In diesem hier geschilderten Rahmen hat sich die Geschichte des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums an der Bergakademie Freiberg abgespielt und im folgenden sollen die wichtigsten Abschnitte in dieser Entwicklung dargestellt werden. Eine echte chronologische Darstellung erfolgt dabei nur in Bezug auf die einzelnen Kapitelüberschriften, in den Kapiteln selbst wird der Versuch unternommen, bestimmte inhaltliche Schwerpunkte zu charakterisieren, die auch in anderen Abschnitten relevant sein können und es auch immer waren. Da versucht werden soll, eine wahrheitsgetreue, möglichst objektive Geschichtsdarstellung mit der Sicht eines Zeitzeugen zu verbinden, wird der Bereich der Philosophie, in dem ich gearbeitet habe, wahrscheinlich etwas zu breit geraten.

### 1. Von der 200-Jahrfeier der Bergakademie bis zur 3. Hochschulreform

Am 1. September des Jahres 1964 nahm ich meine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften auf, nachdem ich an der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl für philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften promoviert worden war. Von vier Absolventen der Bergakademie, die in eine entsprechende Aspirantur nach Berlin zu Hermann Ley geschickt worden waren, kehrten immerhin drei nach Freiberg zurück – günstige Bedingungen für die Erfüllung der an die marxistischen Gesellschaftswissenschaften, insbesondere die Philosophie, gestellten Aufgabe, diese stärker in ihrer direkten Wechselwirkung zu den Natur- und Technikwissenschaften der jeweiligen Hochschule in Lehre und Forschung zu entwickeln. Dabei waren die Voraussetzungen für – wie wir sagten – das Bündnis zwischen Marxismus-Leninismus und den Fachdisziplinen an der Bergakademie auch so schon gut: Seit 1956 gab es für Studenten im 7. Semester philosophische Spezialseminare. Ich selber hatte als Student der Metallkunde an einem solchen Seminar teilgenommen. Die sogenannten Siebenlehn-Lehrgänge zur marxistischen Weiterbildung externer und interner Promovenden gestalteten sich schon damals als nützliche, relativ offene Formen des Meinungsaustausches und der Diskussion offener Fragen. Das betraf insbesondere Probleme der Kulturpolitik der DDR, und die Vorträge wie die von Hans Bentzin und Hans Rodenberg ließen immer wieder die Hoffnung aufkeimen, bestehende Engstirnigkeiten und Fehlentwicklungen ließen sich mit der Zeit doch beseitigen. Im Anschluß an diese Lehrgänge bearbeiteten die Doktoranden ein spezielles Thema aus den verschiedenen Teilgebieten des Marxismus-Leninismus einschließlich der Wissenschaftsgeschichte – in der Regel nach eigenem Interesse und freier Wahl. Die Arbeiten wurden dann an den Fachinstituten unter gemeinsamer Leitung der jeweiligen Betreuer aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften und dem Doktorvater am Fachinstitut vor dem Mitarbeiterkollektiv verteidigt. Die im Anschluß daran vergebene Note wurde durch die Promotionskommission am Ende des Promotionsverfahrens berücksichtigt – in der Regel aber nur als Zünglein an der Waage. Hier wie auch in den studentischen Prüfungen galt der Grundsatz, daß das vorhandene Wissen und nicht persönliche weltanschauliche und politische Einstellungen geprüft wurden.

Die marxistisch-leninistische Weiterbildung wurde später auf verschiedene tragende Säulen gestellt: Die sogenannte marxistisch-leninistische Abendschule (MLA) für

Hochschullehrer, die marxistische Weiterbildung für Doktoranden der Bergakademie (MLW) und schließlich die Lehrgänge für externe Doktoranden. Erstere wanderte bald von Siebenlehn ins Neue Haus bei Marienberg, während das Institut selber schon von der Korn gasse in Räumlichkeiten der ABF in der Lessingstraße gezogen war; da aber natürlich vorerst die Mensa in der August-Bebel-Straße verblieb, behielten die mittäglichen Kaffeerunden im Café Hartmann noch lange Zeit ihren Kultstatus.

Das Jahr 1964 war auch am Institut für Gesellschaftswissenschaften weitgehend von der Vorbereitung auf die 200-Jahrfeier der Bergakademie bestimmt. Das betraf zum einen die Arbeiten an den beiden Bänden der Festschrift sowie die Vorbereitung einer eigenständigen wissenschaftlichen Konferenz zum Thema Gegenstandsbestimmung und Klassifikation der Natur und technischen Wissenschaften, die dann auch am 16. und 17. November 1965 unter ansprechender Beteiligung stattfand.<sup>1</sup>

Zuvor war jedoch die Geschichte des Instituts für Gesellschaftswissenschaften seit 1951 zu schreiben. Dieses Institut – nicht zuletzt auf Grund eines entsprechenden Antrages zweier Fakultäten der Bergakademie an den III. Parteitag der SED – von den Dozenten und künftigen Professoren Johann Köhler (Ökonomie) und Erwin Herlitzius (Philosophie) gegründet, hatte sich mittlerweile zu einer festen Größe in der Hochschullandschaft entwickelt. Bald den Namen Institut für Marxismus-Leninismus tragend, gehörte es damals noch formell der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften an. Anknüpfend an die von Lenin im Anschluß an Engels herausgearbeitete innere Gliederung des Marxismus in Philosophie, Ökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus, ergänzt durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, fand sich eine Lehrstruktur, die über die Jahre hinweg bis 1990 bis auf wenige Änderungen<sup>2</sup> gültig blieb. Der Autor jenes historischen Berichtes, Wolfgang Mühlfriedel, schloss seine Analyse damals mit den Sätzen: „Das Institutskollektiv ist in der Lage, den Auftrag, der sich aus dem Programm der SED ergibt, nach besten Kräften zu erfüllen. Die Mitarbeiter des Instituts wissen, daß nur eine gehaltvolle ideologische Arbeit dazu beiträgt, die studentische Jugend unserer Hochschule auf ihr Berufsleben vorzubereiten, und ein wirklicher Beitrag im Kampf des deutschen Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus ist.“<sup>3</sup>

Ganz besonders die 60er Jahre machten dann deutlich, daß diese Aufgabenstellung mit wirklich hohen Anforderungen an die Mitarbeiter des Instituts verbunden war: Der Versuch Walter Ulbrichts, nach der Schließung der Grenzen zu Westberlin enger an Markt und Preis orientierte Reformen im ökonomischen Sektor der DDR einzuführen, die damit verbundene modifizierte Sicht auf den Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation, die Studentenbewegung in den USA und Westeuropa, der Vietnamkrieg, die Ereignisse in der CSSR 1968 und schließlich die III. Hochschulreform.

Wie üblich, waren die beiden ersten Aspekte mit umfangreichen Weiterbildungsmaßnahmen – zunächst für die eigenen Mitarbeiter – verbunden. Genau so schnell hatten diese dann wieder umzudenken, als klar wurde, daß die KPdSU und ihre Gesellschaftswissenschaftler mehrheitlich diese Reformen und theoretischen Innovationen für nichtsozialistisch hielten. Solche Umschaltvorgänge

<sup>1</sup> Siehe dazu Freiburger Forschungshefte Band D53 aus dem Jahre 1967

<sup>2</sup> Die Zuordnung zu den einzelnen Studienjahren wurde mehrfach geändert und aus wissenschaftlichem Sozialismus wurde zeitweilig ein wissenschaftlicher Kommunismus.

<sup>3</sup> Festschrift der Bergakademie Freiberg. VEB Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie Leipzig. 1965, Band 2, S. 118

verliefen nicht immer reibungslos und ließen die Mitarbeiter des Instituts des öfteren in Konflikte geraten. Professor Köhler, 1964 aus dem Institut ausgeschieden und mit der Leitung eines eigenen Instituts in der Fakultät für Ingenieurökonomie betraut, entwickelte schon in dieser Zeit ein eigenständiges politökonomisches Konzept, mit dem er gegen die „führenden“ Politökonomien der DDR antrat. Insofern hatte seine spätere Ablösung als Rektor der Bergakademie im Jahre 1970 auch und nicht zuletzt fachwissenschaftliche Hintergründe, die deutlich machten, wie die Wissenschaftsentwicklung in der DDR vielfach von außen, politisch, gesteuert und beeinflußt wurde.

Noch schwieriger gestaltete sich die Verarbeitung der CSSR-Ereignisse der Jahre 1968/69. Ein Teil der Mitarbeiter beobachtete den Versuch der tschechoslowakischen Genossen um Dubček, einen Sozialismus mit freundlichem Antlitz an die Stelle der bisherigen Kommandogesellschaft zu setzen, mit Wohlwollen. Es gab natürlich aber auch Mitarbeiter, die diesen Versuch – auf ihre Weise konsequent – als konterrevolutionär betrachteten, insofern er den Machtanspruch der „Partei der Arbeiterklasse“ unterhöhlte. Sie konnten sich durch die Führung der SED bestätigt fühlen, die dieses Experiment genau so verurteilte wie später Gorbatschows Perestroika. Das Mitglied des Politbüros Kurt Hager fand in beiden Fällen mehr oder weniger treffende Formulierungen, die dann zumindest die offizielle Lehrmeinung bestimmten. Dem Argument, ein denkbarer Ausbruch der ČSSR aus dem Warschauer Pakt würde das Kräfteverhältnis im Kalten Krieg entscheidend zu Gunsten des Imperialismus verändern, konnte man sich ja noch anschließen. Dennoch war es unmöglich, diese Probleme offen zu diskutieren, und so hat möglicherweise mancher Mitarbeiter, der im Jahre 1961 den Bau der Mauer noch mit tragen konnte, nun einen ideologischen und theoretischen „Knacks“ bekommen. Die Verarbeitung reduzierte sich also wesentlich auf eine Verdrängung der betreffenden Probleme; auch ließen die nachfolgenden Ereignisse kaum Zeit zur Besinnung.

Die III. Hochschulreform stand nämlich vor den Pforten. Nach der ersten Hochschulreform, die mit dem alten bürgerlichen Bildungsprivileg brechen wollte, nach der zweiten, die durch die Gründung der marxistisch-leninistischen Institute für Gesellschaftswissenschaften charakterisiert war, sollte nun eine dritte folgen. Hier ging es nun um eine noch intensivere Integration von Bildung und Wissenschaft in das sozialistische System der DDR, um die Erhöhung von Konzentration und Schlagkraft der Wissenschaft bei der von der SED gestellten Forderung zur Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Schlagwort war die „intensiv erweiterte Reproduktion“, was doch etwas merkwürdig mit der Rückbesinnung der DDR auf ihre einheimischen Rohstoffe kontrastierte. Dennoch eröffnete das gerade für die Bergakademie wichtige Perspektiven, nachdem unter den Bedingungen der sich gerade entwickeln wollenden Mikroelektronik die Chancen auf eine weiterhin existente Bergakademie Freiberg plötzlich gar nicht mehr so gut gestanden hatten.

Die III. Hochschulreform ging mit Sektionsgründungen über die bisherigen Institutsstrukturen hinweg; für den Bereich Marxismus-Leninismus war das unproblematisch, wir hatten keine separaten Institute und so wurde aus dem Institut eben eine Sektion Marxismus-Leninismus mit drei Wissenschaftsbereichen. Tiefere Einschnitte erbrachte da schon eher die neue Mitarbeiterordnung, zusammen mit der Hochschullehrerberufungsordnung in ihrer broschürter Form auch das „grüne

Ungeheuer“ genannt. Erstere wollte und sollte die erweiterte Reproduktion des Mitarbeiterstabes der nunmehrigen Sektion gewährleisten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Sektion ca. 30 Mitarbeiter, etwa gleichmäßig auf die drei Wissenschaftsbereiche Dialektischer Materialismus, Politische Ökonomie (des Kapitalismus wie des Sozialismus) und Wissenschaftlicher Sozialismus/Geschichte der Arbeiterbewegung verteilt. Die Genossen der Sektion wurden zu einer eigenständigen Parteiorganisation zusammengefaßt, nachdem sie zuvor auf die Parteiorganisationen der Fakultäten verteilt waren und dort auch gegebenenfalls Funktionen übernahmen. Analog dazu wurde eine Gewerkschaftsorganisation gebildet, die sich von ersterer eigentlich nur durch die Zugehörigkeit der zumeist parteilosen technischen Kräfte unterschied. Es war unter den speziellen Bedingungen dieser Sektion kaum möglich, staatliche und Parteiarbeit einigermaßen vernünftig voneinander zu trennen. Für einen sozialistischen Wettbewerb fehlten zumeist abrechenbare Ziele und Kriterien. Immerhin konnte lange Zeit – bis 1988 – verhindert werden, daß auch noch drei Parteigruppen und ein spezielles Parteilehrjahr eingerichtet werden mußten.

Die Fluktuation im Mitarbeiterbereich war schon immer ziemlich groß gewesen. Nicht jeder Neueingestellte wollte und konnte den gestellten ideologischen und theoretischen Anforderungen entsprechen. Mancher Mitarbeiter scheute den zeitweiligen Einsatz in einer politischen Funktion („Praxisinsatz“) oder kehrte aus dieser nicht wieder (oder erst viel später) an Institut bzw. Sektion zurück. Die eigentlich in der Planung vorgesehenen ca. 40 Mitarbeiter wurden so niemals erreicht. Die Leitungen waren also stets auf der Suche nach neuen Mitarbeitern. Nicht selten wurden Mitarbeiter aus eigentlich „artfremden“ Bereichen (etwa der Freiburger Berufsschule) eingestellt, wobei sich das dann bewährte, wenn bestehende Weiterbildungsmöglichkeiten an der Sektion selber bzw. am Leipziger Franz-Mehring-Institut und im Rahmen von Promotionen genutzt wurden. Die Absolventen von ausbildenden Hochschulen der DDR, z. B. die Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus von der Leipziger Universität, die nach Freiberg gingen, waren oftmals auch nicht die besten, denn die holten sich in der Regel die bekannteren gesellschaftswissenschaftlichen Institute in den Großstädten der DDR. Die neue Mitarbeiterverordnung wollte dem nun abhelfen, indem sie etwas völlig Widersinniges forderte: Künftig sollten als Assistenten nur noch erfahrende Lehrkräfte mit mehrjähriger Praxis und mit Promotion eingesetzt werden dürfen. In Ausnahmefällen hatte eine Promotion innerhalb der nächsten vier Jahre zu erfolgen. Dann hatten strenggenommen diese Mitarbeiter die Sektion zu verlassen, wenn sie nicht für eine Berufung oder eine Aufgabe als Lehrer im Hochschuldienst bzw. als Lektor in Frage kamen.

Natürlich wollte kein erfahrener Wissenschaftler für vier Jahre Assistent an einer Sektion für Marxismus-Leninismus werden; die eigentliche Ausnahme, daß unerfahrene, junge Leute eingestellt werden mußten, mutierte sehr schnell zur Regel. Und da die neuen Assistenten in der Regel auch keinerlei Lehrerfahrungen besaßen, wurde die Situation noch komplizierter. Verlängerungen jener vier Jahre, Forschungsfreistellungen vorrangig bei Müttern mit Kind, waren auf der Tagesordnung. Auch war nicht jeder zur Forschung geboren, sondern mancher hatte seine Stärken auf den Gebieten Lehre und Erziehung.

Das war m. E. jedoch gerade das wirklich Neue für unsere Sektion in Umsetzung der Orientierungen der III. Hochschulreform. War die Forschung vordem ein Privileg

einiger weniger, zumeist leitender Mitarbeiter, wurde sie nun für jeden ein wichtiger Teil der Arbeitsaufgabe. Nachdem bestimmte Überspitzungen überwunden waren (etwa die tägliche Abrechnung von Forschungsstunden oder die übertriebene Konzentration der Forschung) bildeten sich nach einer gewissen Übergangszeit in den Folgejahren zwei Forschungsgruppen an der Sektion heraus: Untersuchungen zur internationalen kommunistischen Bewegung (Leitung Professor Harro Uhlmann) und zur Wissenschaftstheorie (Leitung Professor Frank Richter) – beide angebunden an zentrale Forschungsprojekte der DDR. Ein dritter Teil von Mitarbeitern wurde in die Forschungsarbeit des Arbeitskreises zur Geschichte der Entwicklung der Produktivkräfte, geleitet von Professor Eberhard Wächtler, integriert. Auch einige wenige „Einzelkämpfer“ wurden „geduldet“, so etwa Professor Kurt Reiprich mit seinen Studien zur Geschichte der marxistischen Philosophie,<sup>4</sup> der bis zu seinem Weggang an das Franz-Mehring-Institut nach Leipzig auch Assistenten zur Promotion führen konnte. Das in Vollbeschäftigungseinheiten (VBE) gemessene Forschungspotential betrug damals 3,2 VBE, was sich Mitte der 80er Jahre auf ca 6 VBE erhöhte. Hochschullehrer wurden in der Regel mit 0,2 VBE geplant, das waren 400 zu leistende Forschungsstunden im Jahr.

## 2. Die 70er Jahre

Die Umsetzung der Beschlüsse zur III. Hochschulreform fand an der Bergakademie einen besonderen Höhepunkt im Winter des Jahres 1970 – von spöttischen Zungen im Anklang an das revolutionäre Rußland von 1917 auch „Februarrevolution“ genannt. Sicher werden an anderer Stelle dieses Bandes umfassendere Darstellungen diese Situation nachzulesen sein. Zwei Dinge kamen zusammen, die dazu führten, dass an der Bergakademie Arbeitsgruppen der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED und der Bezirksleitung der SED Karl-Marx-Stadt in Erscheinung traten und das scheinbar geruhsame Leben hier gründlich durcheinander brachten: Wahrscheinlich war die Führung mit der Umsetzung der Beschlüsse zur III. Hochschulreform in der DDR generell nicht zufrieden, so daß eine relativ kleine Hochschule gefunden werden mußte, an der ein Exempel statuiert werden konnte, das nicht jahrelang dauerte. Außerdem waren Studenten der Bergakademie durch politisch „unzulässige“ Eintragungen in Gästebücher von Gaststätten und andere studentische Aktivitäten auf Bahnhöfen während bestimmter Einsätze u.ä. unangenehm aufgefallen.

Auch die Sektion Marxismus-Leninismus blieb vor jenen Untersuchungen nicht gefeit. Betroffen waren einige Ökonomen und Philosophen, die nach Einschätzung der jeweiligen Arbeitsgruppe ihren wissenschaftlichen, Leitungs- und politisch-ideologischen Aufgaben nicht gerecht geworden waren. Da die betroffenen Genossen jedoch hinreichende Einsicht in ihre Verfehlungen bekundeten und da die Verfehlungen schon damals eigentlich nichtig waren, blieben entschiedene Maßnahmen mit Langzeitfolgen aus.

Die Lage stabilisierte sich allmählich – passend dazu zogen die Mitarbeiter der Sektion in ein neues Gebäude in der Zeunerstraße ein, einen Leichtbau unter dreien, wobei die anderen beiden von der Sektion Ingenieurökonomie belegt wurden. Nachdem jene „Leichtfertigkeitsbauten“ einer gründlichen Entlüftung unterzogen waren, konnte die

---

<sup>4</sup> vgl. Kurt Reiprich: Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels. Dietz Verlag Berlin 1969

Arbeit an neuer Stelle fortgesetzt werden. Sektionsdirektor war zu jener Zeit Professor Hans Fritsch, der dann im Jahre 1976 planmäßig durch Professor Frank Richter, der zunächst jedoch einen Besuch der Bezirksparteischule sowie die Arbeit als Vorsitzender der Hochschulgewerkschaftsleitung als Voraussetzungen dafür abzuleisten hatte, abgelöst wurde. Das hing auch mit den Ereignissen im Februar 1970 an der Bergakademie zusammen; auch galten Philosophen im Unterschied zu anderen Vertretern des Marxismus-Leninismus apriori politisch in der Regel als nicht ganz so zuverlässig. Solche Veränderungen erfolgten in der Regel auf der Grundlage langfristiger Kaderentwicklungspläne, zumal sich auch kaum jemand in solche Funktionen hineindrängte.

Zu Beginn der 70er Jahre hatte das marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium einen Stundenumfang erreicht, der dann auch weiterhin bestimmend war: Philosophie (1. Studienjahr) 84 Stunden, Politische Ökonomie (2. Studienjahr) 100 Stunden, Wissenschaftlicher Sozialismus und Geschichte der Arbeiterbewegung (3. und 4. Studienjahr) 116 Stunden. Nachdem die Spezialveranstaltungen für die höheren Studienjahre für einige Jahre abgeschafft worden waren, kamen später wieder Spezialveranstaltungen im sogenannten ML 2, scherzhaft auch ML de luxe genannt, hinzu.

Die Lehrveranstaltungen wurden sowohl im Rahmen der Sektion wie der einzelnen Wissenschaftsbereiche gründlich vorbereitet und u. a. über Hospitationen, durch Einschätzungen der Gruppenberater der Fachsektionen bzw. im Rahmen der sog. Dreiseitigen Vereinbarungen (Fachsektion, FDJ-Leitung der Sektion, verantwortliche Mitarbeiter der Sektion Marxismus-Leninismus) ausgewertet. Über all die vielen Jahre hinweg ging es stets um zwei grundlegende Fragen: Wie läßt sich die *Einheit der drei Bestandteile des Marxismus-Leninismus* in der Lehre adäquat darstellen, ohne deren Spezifik zu vernachlässigen und wie gelingt es, die *Einheit von Theorie und Politik* darzustellen? Die zentral dazu vorgegebenen Lehrprogramme wurden im Hinblick auf diese Aspekte konkretisiert und so weit es möglich war, auf die Profillinien der Hochschule bezogen. Die umfangreiche Diskussion in der Sektion um die Vorlesungen im Bereich Philosophie im Jahre 1971 machten deutlich, daß es den Philosophen noch schwerer fiel, jene Einheit in jeder Lehrveranstaltung zu realisieren, als den Hochschullehrern und Mitarbeitern der anderen Wissenschaftsbereiche. Heute wird man das mit etwas anderen Augen ansehen als damals...

Aber auch die Fachsektionen wurden in die Pflicht genommen, was die Vermittlung marxistisch-leninistischer Kenntnisse und ideologischer Positionen anbetraf. Mit großem Aufwand wurde die sogenannte marxistisch-leninistische Durchdringung der Lehrveranstaltungen der Fachsektionen zu realisieren versucht, in der die Lehrkräfte nicht nur formal und plakativ ihre Zustimmung zum Marxismus-Leninismus ausdrücken, sondern in ihren Vorlesungen und Seminaren alle Möglichkeiten nutzen sollten, die sich aus dem Zusammenhang von Marxscher Lehre und ihrem eigenen Fachgebiet ergaben. Auch das war eine jener Maßnahmen, die aus einem an und für sich vernünftigen Anliegen eine dann doch eine zumeist nur relativ kurzfristige Kampagne machten, die zunächst Erscheinungen von ideologischer Windstille bekämpfen sollten, zumeist dann aber bald durch die nächste abgelöst werden sollte.

Dauerhafter gestaltete sich dagegen die Einführung einer separaten Ersten Studienwoche in Zusammenhang mit der Auswertung des VIII. Parteitages der SED im Jahre 1971. Auch über diesen speziellen Anlaß hinaus wurde in den folgenden

Jahren in dieser Woche den aus den weitgehend ideologiefreien Sommerwochen zurückkehrenden Studenten eine Fülle an Vorträgen, Vorlesungen, Seminaren und politischen Gesprächen angeboten – als ob im gerade begonnenen Studienjahr dazu nicht auch genügend Zeit gewesen wäre. Deshalb wurde der Umfang dieser „Woche“ dann mit der Zeit auch halbiert, wofür die Leitung der Hochschule die Verantwortung zu übernehmen hatte. Immerhin bot diese Woche u. a. im ersten Studienjahr die Möglichkeit, einen gewissen Übergang vom Staatsbürgerkundeunterricht an den Erweiterten Oberschulen (EOS) und dem marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an den Hochschulen zu schaffen. Hier gab es nämlich mannigfache Überschneidungen und zugleich auch Anschlußprobleme, so wie es ja sowieso schwerfiel, in verschiedenen Bildungsetappen spezifische Bildungsinhalte zu bestimmen. Insofern waren auch immer wieder Übersättigungserscheinungen zu überwinden.

Inhaltlich war die Arbeit an der Sektion in der ersten Hälfte der 70er Jahre durch die Konzeption des Generalsekretärs des ZK der SED Erich Honecker zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt. Zehn Jahre DDR unter den Bedingungen der selbstgewählten Einschließung – obwohl vielfach als die besten Jahre der DDR bezeichnet – hatten letztendlich doch nicht das gewünschte Ergebnis gebracht und Streiks und Proteste von Arbeitern in der Volkrepublik Polen wurden als Warnung begriffen. Die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und das Wohnungsbauprogramm sollten dem entgegensteuern. Gleichzeitig galt es, bestimmte in der Ulbricht-Zeit vertretenen Positionen endgültig zu überwinden. Dazu gehörten die Vorstellungen von einer sozialistischen Menschengemeinschaft wie auch bestimmte Nuancen in der Ulbrichtschen Haltung zur nationalen Frage, die mit dem Konzept der unbedingten Abgrenzung zum Imperialismus der BRD vergessen gemacht werden sollten. Auch wurde die starke Betonung von Kybernetik und Systemtheorie zurückgezogen, welche angeblich an die Stelle der Dialektik treten sollen. Dies mit den zu beobachtenden Veränderungen im Verhältnis von BRD und DDR – zunächst in der Gestalt des Vierseitigen Abkommens zu Westberlin aus dem Jahre 1971 – in Übereinklang zu bringen, stellte neue Anforderungen an die damals 25 Mitarbeiter der Sektion.

Wenn man von gelegentlichen „jähren Wendungen“, vor denen auch ein objektiv-gesetzmäßiger geschichtlicher Verlauf nicht ganz schützen konnte, absieht, war die Situation tatsächlich relativ stabil. Zu jenen Wendungen gehörte aber die bedauerliche Ausweisung von Wolf Biermann mit all ihren Folgeerscheinungen für das geistig-kulturelle Leben in der DDR. Die Probleme, die 8 Jahre zuvor im Zusammenhang mit dem berichtigten 11. Plenum des ZK der SED, also im Dezember 1965, aufgetreten waren, wiederholten sich noch einmal.<sup>5</sup>

Das war einer der Gründe dafür, warum insbesondere jüngere Mitarbeiter eine wachsende Affinität zu Reformbestrebungen entwickelten, wie sie dann Gorbatschow Mitte der 80 Jahre in der Sowjetunion realisieren wollte. Bis dahin galt es jedoch, auszuharren und wenigsten an der Hochschule wie an der Sektion selber Bedingungen zu erhalten und zu schaffen, die sich mit dem ursprünglichen Anspruch des Marxismus

---

<sup>5</sup> Als in den 80er Jahren Manfred Krug sein letztes Konzert in der DDR im Großen Hörsaal in der Winklerstraße gab, hatte ich als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften das eben darum nicht ungeteilte Vergnügen, wieder einmal mit solchen Konflikten in der Kulturpolitik der SED zusammenzustoßen.

wenigstens partiell vereinbaren ließen. Dazu gehörten dann auch die mannigfaltigen Verpflichtungen der Mitarbeiter im Rahmen der sogenannten politisch-ideologischen Arbeit allgemein sowie in der Propagandatätigkeit, die neben Lehre und Forschung ein drittes Standbein unserer Arbeit darstellte. Auch hier gab es natürlich zentrale Orientierungen, wie z. B. die der Konferenz des ZK der SED am 25. und 26. Mai 1977 mit einem Beschluß zu den weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit der Partei. Zur Propagandaarbeit gehörten spezielle betriebliche Weiterbildungsveranstaltungen im Rahmen der URANIA, im Rahmen des Bezirkes auch Weiterbildungskurse für Lehrer oder auch für medizinisches Personal. In gewisser Hinsicht war das eine Fortführung der anfangs erwähnten Siebenlehn-Lehrgänge und die Teilnehmer an diesen Weiterbildungen waren oftmals angenehm überrascht von der Problemorientiertheit und Offenheit unserer Vorträge und Seminare. Freilich passierte es auch, dass anschließend eine Beschwerde bei der staatlichen oder Parteileitung der Sektion eintraf, die das Auftreten eines unserer Mitarbeiter als politisch und theoretisch unzulässig diskriminierte.

Hinzu kamen vielfältige politische Funktionen für unsere Mitarbeiter – innerhalb wie außerhalb der Sektion und Hochschule insgesamt. Sportfunktionen im Bezirk, Kulturaufgaben im Kreis sowie Gewerkschaftsfunktionen in Kreis und Bezirk sind nur wenige Beispiele, wo im täglichen Gespräch mit Bürgern eigentlich keiner Frage ausgewichen werden konnte und wo die „Systemnähe“ unserer Mitarbeiter vielerlei Bewährungsproben ausgesetzt war.

### 3. Die letzte Dekade

Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ließen sich eine weitere Zuspitzung der internationalen Lage, aber auch wachsende Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR erkennen. Nicht nur als Spätfolgen der sogenannten Energiekrise von 1974 wurde es immer komplizierter, das Niveau von Wirtschaftsentwicklung und Planerfüllung zu halten, geschweige denn zu steigern. Die quantitativen Kennziffern (in Gestalt der Bruttonproduktion) dominierten trotz aller Appelle der Führung der SED gegenüber den eigentlich zu favorisierenden qualitativen (Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität, Rolle von Wissenschaft und Technik, Entwicklung der Arbeitsproduktivität). Wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Erkenntnisse und Vorschläge fanden jedoch keine Öffentlichkeit und wurden auch nicht umgesetzt. Die Führung der SED war nicht imstande, strategisch auf diese Probleme zu reagieren. Die damals verbreitete Forderung des Kampfes gegen das Mittelmaß ließ sich überall anwenden, orientierte dabei einseitig auf den subjektiven Faktor und vermied die Analyse der zu den Problemen führenden objektiven Bedingungen. Das traf auf die die Bergakademie besonders berührende Energiepolitik, aber auch auf das Niveau der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu. Die Probleme wurden in der Regel gesehen, nur die Bedingungen zu ihrer Lösung konnten und sollten nicht verändert werden.

Es wurde immer schwieriger, zu all diesen Fragen Stellung zu beziehen, zumal der einzelne Mitarbeiter nur aus der eigenen begrenzten Sicht heraus argumentieren konnte. Die Leitung der Sektion reagierte darauf u.a. mit der Einführung sogenannter Roter Treffs, also von Veranstaltungen, in denen Informationen vermittelt und Argumentationen ausgetauscht wurden. Insbesondere die Ökonomen und die

wissenschaftlichen Sozialisten waren hier mit ihrem Detailwissen gefragt. Letztendlich blieben aber auch hier in der Regel die letzten, entscheidenden Fragen offen, und die Lehrkraft mußte dann im Seminar sehen, wie sie wenigstens einigermaßen über die Runden kommen konnte. Mitte der 80er Jahre rückte immer mehr die Frage nach dem Alter und der geistigen Spannkraft wie Innovationsfähigkeit der Führungskader in SED und Regierung in den Mittelpunkt der Diskussionen. Natürlich konnte da die Lehrkraft nicht einfach in das Horn der Studenten und Mitarbeiter blasen. Insofern wurde die Lehrtätigkeit immer komplizierter, auch wenn letztendlich immer die Bemühung, mit Studenten und den anderen Hochschulangehörigen gemeinsam die Problemen zu lösen, im Mittelpunkt stand.

Auf Dauer konnte man auch nicht davon ausgehen, daß wenigstens die Theorie des Marxismus-Leninismus „in Ordnung“ und auf der Höhe der Zeit ist. Die Fülle der praktischen, ungelösten Fragen wies auf theoretische Defizite hin, was jedoch von den meisten Theoretikern nicht zugegeben wurde. Ergebenheitserklärungen (wie zuletzt noch auf dem 7. Plenum des Jahres 1988) ließen keinen Raum für theoretische Innovationen – zumal die Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED zwar neue theoretische Ergebnisse forderte, sich aber zugleich das Recht vorbehielt, diese gegebenenfalls als revisionistisch zu erklären. Je höher ein Gesellschaftswissenschaftler in der wissenschaftlichen Hierarchie aufgestiegen war, um so vorsichtiger mußte er sein.

Insofern ist der Mut der Mitarbeiter im Wissenschaftsbereich Philosophie der Sektion Marxismus-Leninismus wohl doch nicht allzusehr zu loben, wenn hier weniger Zurückhaltung geübt wurde. Freilich auch nicht ohne innere Auseinandersetzungen wurde die Frage *Befindet sich marxistische Philosophie in einer Krise?* im Wissenschaftsbereich Philosophie offen diskutiert, und trotz vielerlei Bedenken auch aus anderen Wissenschaftsbereichen wurde das Thema *Pluralität und Modellvielfalt* wie letztendlich *Pluralismus in der marxistischen Theorie* dann auch im Sektionsrahmen zum Gegenstand der Auseinandersetzung. Zwei wissenschaftliche Konferenzen in den Jahren 1983 und 1986 mit ansprechender Beteiligung aus der DDR und unter Einbeziehung auch von Wissenschaftlern der Bergakademie Freiberg belegten die Tragweite des *Freiberger Modell* genannten Konzeptes, welches die Berechtigung und Notwendigkeit flexiblen, auf Alternativen orientierenden theoretisches Denken nicht zuletzt auf Verfahrensweisen in den Technikwissenschaften gründete. Bisher stand *Modelldenken im Marxismus* eigentlich immer für *revisionistische Abweichungen*, und insofern war es verständlich, dass die verschiedenen Leitungen der Hochschule und auch Kollegen im eigenen Haus ein solches Vorhaben mißtrauisch beäugten. Der erneute Versuch, an der Sektion ein einheitliches Forschungskonzept aufzubauen, in dem es zu einer wirklichen Kooperation der Mitarbeiter aus den verschiedenen Bereichen kommen konnte, gestaltete sich auch deshalb als schwierig. Heute kann man feststellen, dass unsere Vorstellungen gut mit einem Konzept des pluralen Marxismus<sup>6</sup> korrespondiert hätten, und sicher war es gut, dass das eigentlich niemand erkannte. Es gab neben den Befürwortern des Konzeptes Gegner und Zauderer und die geführten Debatten könnten als Lehrstück einer Diskussion im Übergang zu einem offenen Marxismus gelten. Tragisch und folgerichtig zugleich war es, daß die DDR und mit ihr der starre

---

<sup>6</sup> Vgl. W. F. Haug : Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern. Karl Dietz Verlag Berlin 2001

orthodoxe Marxismus-Leninismus unterging, als jene Diskussion herangereift war und erste Früchte hätte tragen können.

Parallel dazu entwickelte sich eine intensive Kooperation zwischen Wissenschaftstheorie und Philosophie mit dem Forschungskreis Geschichte der Produktivkräfte und der Wissenschaft. Eine lange Folge von Agricola-Kolloquien genannten wissenschaftshistorischen Veranstaltungen im Rahmen der jährlichen Berg- und Hüttenmännischen Tage mit den dazu gehörigen Publikationen zeugen heute noch davon.

Aber auch die an der Sektion betriebenen Forschungsarbeiten zur internationalen Gewerkschaftsbewegung (speziell bezogen auf Frankreich und Italien) lieferten interessantes Material zu aktuellen Problemen der kommunistischen Bewegung in Europa. Der aufgekommene sog. Eurokommunismus wie auch das Problem einer Regierungsbeteiligung von Kommunisten wie besonders in Frankreich spielten dabei eine große Rolle. Nicht zuletzt griffen Forschungen zum Verhältnis von Christen und Marxisten in der DDR ganz aktuelle Fragestellungen zum inneren Zustand der DDR-Gesellschaft auf und machten Unterschiede wie Gemeinsamkeiten von Marxismentum und christlicher Religion deutlich.

Insofern stellte es für das Mitarbeiterkollektiv der Sektion eigentlich kein schwerwiegendes Problem dar, als SED und SPD im Jahre 1987 ein gemeinsames Dokument veröffentlichten, in dem beide Seiten sich gegenseitig Reformfähigkeit bescheinigten. Das setzte ja auch Bedürfnisse nach Reformen voraus, deren Ursachen und Zielsetzungen uns gut bekannt waren. Insofern traf es wohl auch nicht den Kern der Sache, als auf einer Auswertungsveranstaltung zur marxistisch-leninistischen Weiterbildung der Mitarbeiter einer der Zirkelsekretäre, die aus den Sektionen kamen, den Mitarbeitern der Sektion bescheinigen wollte, sie würden „über den Wolken schweben“.

Weitaus komplizierter wurde es, als der Generalsekretär des ZK der SED Michail Gorbatschow Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion proklamierte. Damit verbunden waren die Forderungen nach einem Neuen Denken in der Epoche des Atomzeitalters und nach neuen Konzepten zum gemeinsamen Haus Europa. Damit waren aber auch theoretische Fragen der Epochebestimmung, der Rolle des Allgemeinmenschlichen im Verhältnis zu den klassenmäßigen Aspekten in der Gesellschaft und nicht zuletzt der Beziehung von Einheit und Widerspruch in der Welt des Klassenantagonismus verbunden.

In der sich anschließenden Debatte hielten sich Für und Wider einigermaßen die Waage, auch in den zentralen gesellschaftswissenschaftlichen Instituten der DDR gab es keine einheitliche Meinung, so daß es für die Lehrkräfte in den Lehrveranstaltungen genügend Spielraum gab, auch eigene Positionen einzubringen. Prorektor für Gesellschaftswissenschaft war damals Professor Frank Richter, Sektionsdirektor Prof. Günter Seidel. Beide standen auf *der* Seite, die die Bearbeitung der neuen theoretischen Fragestellungen forderte. Die Begeisterung der Studenten für Gorbatschow war dominant, und das Studentenkabarett war schnell mit einem parodistischen Vergleich der Genossen Gorbatschow und Honecker bei der Hand. Freilich gab es auch Leute, die diese Nummer lieber abgesetzt sehen wollten, doch es war schon die Zeit gekommen, in man sich solchen Maßnahmen widersetzen konnte.

Auch die Diskussion um den sowjetischen Reader Sputnik zog ihre Kreise an der Hochschule und eigentlich bedauerten alle dessen Verbot durch die entsprechenden

Instanzen der DDR, selbst wenn bestimmte Aufsätze in dieser Zeitschrift wohl wirklich an der Grenze dessen waren, was man als Marxist und Sozialist noch tolerieren konnte und wollte.

Die letzten Jahre waren durch Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen gekennzeichnet, unter den zu immer stärkerer Dynamik hindrängenden Bedingungen eine effektive Lehrtätigkeit zu realisieren. An unserer Sektion im Bereich Philosophie dazu entwickelte Vorstellungen hinsichtlich einer deutlichen Umarbeitung des verbindlichen Lehrprogramms wurden vom Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen zurückgewiesen, inzwischen entwickelten zwei jüngere Mitarbeiter das Konzept *Vorlesung mit Musik*, um die Studenten bei Laune zu halten.

Brisanter waren da schon zwei Briefe, die der Mitarbeiter im Bereich Philosophie Dietrich Bicher, an Kurt Hager und dann auch an den Landwirtschaftsminister Hans Reichelt geschrieben hatte, die im Prinzip das enthielten, was fast alle dachten, aber nur in den seltensten Fällen und schon gar nicht gegenüber den zentralen Instanzen geäußert hätten. Einmal ging es u.a. um ungelöste Fragen der Demokratie in der SED selber wie in der Gesellschaft insgesamt, zum anderen bemängelte der Brief an Minister Reichelt eine unzureichende Umweltpolitik und Unterschätzung der Problematik insgesamt. Die Hochschule erhielt auch prompt „Unterstützung“ in diesen Angelegenheiten. Nur wenige brachten es jedoch damals noch fertig, auf Druck von oben sich den allgemein bekannten Problemen gegenüber zu verschließen, und da der betreffende Mitarbeiter beide Briefe direkt an die Empfänger unter Umgehung jedweden Dienstweges abgeschickt hatte, gerieten die Leitungen der Bergakademie nicht selber direkt unter Beschuß, sondern konnten sich darauf konzentrieren, den Absender der Briefe zu schützen und „herauszupauken“.

#### 4. Das Ende?

Bekanntlich spitzte sich die Situation im Sommer des Jahres 1989 weiter zu. Die Öffnung der Grenze der Volksrepublik Ungarn und die völlig desolante Reaktion der SED-Führung darauf, die Montagsdemonstrationen in Leipzig und dann auch in anderen Städten kulminierten im Fall der Mauer am 9. November des Jahres. Erstmals formierte sich – auch in Freiberg und an der Bergakademie – in Gestalt des Neuen Forums eine offene und öffentlich wirksame Opposition. Bemühten sich jüngere Mitarbeiter der Sektion um eine Mitarbeit im Neuen Forum (die jedoch bald abgeblockt wurde), so trat die Leitung der Sektion naturgemäß für eine langfristige und kontinuierliche Umgestaltung der DDR-Gesellschaft unter Führung der SED ein.

Auch wenn die Mitarbeiter der Sektion den Marxismus nicht einfach fallen lassen wollten, erschien die Umbenennung in Sektion Sozialwissenschaften eine mögliche Form, bei der die Mitarbeiter aus den erforderlichen Erneuerungsprozessen nicht automatisch ausgeschlossen bleiben mußten. Prorektor für Gesellschaftswissenschaften war in jener Zeit Professor Meister, Professor Herbert Bernhardt wurde von der Mitarbeiterversammlung zum neuen Sektionsdirektor gewählt, unter dessen Federführung neue Lehrprogramme und Lehrveranstaltungen konzipiert wurden.

Aber die Situation spitzte sich weiter zu, und die Frage auf der Beratung des Wissenschaftlichen Rates der Bergakademie am 17. April 1990 war schon berechtigt, woher die bisherigen Mitarbeiter für Marxismus-Leninismus eigentlich die Legitimation und die erforderlichen Kenntnisse für die Übernahme von

Lehrveranstaltungen in einem Studium generale Sozialwissenschaften hernehmen sollten. Der Austritt einer ganzen Reihe von Mitarbeitern des neuen Instituts aus der SED/PDS war dafür sicherlich nicht ausreichend.

Die Tage der Sektion waren gezählt, und ging es zunächst scheinbar nur darum, dass die bisher leitenden Genossen und Mitarbeiter der Sektion für einige Zeit ins zweite Glied rücken sollten, hatten die Professoren zum 30. September des Jahres 1990 ihre Abberufungsurkunden, unterzeichnet vom damaligen Wissenschaftsminister der De Maiziere-Regierung Meyer, auf dem Tisch, in denen als Grund die erfolgte Auflösung der Sektion angegeben wurde. Immerhin und paradoxerweise wurde noch der Dank für die bisher geleistete Arbeit zum Ausdruck gebracht. Das Institut für Sozialwissenschaften wurde zum 1. Oktober aufgelöst und da den Mitarbeitern nicht rechtzeitig vor dem 31. Mai gekündigt worden war, blieben diese ab 1. Oktober in Kurzarbeit mit Null-Stunden.

Zuvor gab es jedoch in einer Mitarbeiterversammlung der Sektion am 22. Juni eine Diskussion darüber, wie wir selber die bisherige Arbeit der Sektion bewerten sollten und ob so etwas überhaupt tun sollten. Von zwei Hochschullehrern der Sektion wurde ein Briefentwurf an den Rektor und Senat der Hochschule vorgetragen, der zugleich Vorschläge zu einer künftigen gesellschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung an der Bergakademie Freiberg beinhaltete.

Dieser Brief hatte folgenden Wortlaut:

Offener Brief an den Rektor der Bergakademie Freiberg Prof. Dr. sc.techn. Horst Gerhardt

An die Mitglieder des Senats der Bergakademie Freiberg

Mit diesem Brief, der sich gleichzeitig an die Öffentlichkeit unserer Hochschule wendet, wollen die Unterzeichnenden nach erfolgter Auflösung der Lehrstühle für Marxismus-Leninismus durch die Regierung der DDR einige persönliche Gedanken zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte und zur künftigen Rolle von Philosophie und Geisteswissenschaft an der Bergakademie Freiberg äußern.

Daß wir unsere Überlegungen erst heute, also sehr spät, publik machen, hat verschiedene Gründe und ist nicht zuletzt dem bisherigen Gang und Verlauf der Diskussion um künftige Aufgaben und Profile, z. B. im Plenum des Wissenschaftlichen Rates und in den öffentlichen Veranstaltungen der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften im Monat Mai geschuldet.

Völlig zu Recht schließen die Diskussionen um die demokratische Erneuerung der Bergakademie Freiberg und um die dabei im Zusammenhang mit der Vereinigung beider deutscher Staaten zu bewältigenden Prozesse in besonderer Weise Auseinandersetzungen um die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche, vor allem um die Tätigkeit der bisherigen Sektion für Marxismus-Leninismus, ein. Die von dieser Sektion – seit 1.1.90 Sektion für Sozialwissenschaften – bisher zur Diskussion gestellten inhaltlichen und strukturellen Konzepte einer neuen sozialwissenschaftlichen Lehre und Forschung belegen den Willen der bisherigen Hochschullehrer und Mitarbeiter zu neuen inhaltlichen Profilierungen. Zugleich sind wichtige Fragen nach eigener Verantwortung und Schuld, nach Legitimation und Kompetenz für die beabsichtigte Neuprofilierung bis hin zu Problemen etwa künftiger Finanzierung noch nicht hinreichend beantwortet. Wir stoßen daher folgerichtig auf Kritik, Mißtrauen und Widerspruch.

Zur Gestaltung einer neuen Hochschulpolitik gehört die offene Auseinandersetzung mit dem Auftrag der bisherigen Sektionen für Marxismus-Leninismus, die Politik der SED weltanschaulich-ideologisch zu legitimieren und im Bildungs- und „Erziehungsprozeß“

gegenüber Studenten durchzusetzen. Prinzipiell hat jeder Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sektion Marxismus-Leninismus diesen Auftrag mitgetragen und mitverantwortet. Die Sektionen für Marxismus-Leninismus waren in exponierter Weise Träger und ideologischer Multiplikator der Grundsätze und Ziele der SED im Hochschulwesen der DDR und somit wesentlicher Bestandteil des „ideologischen Überbaus“ der bisherigen Gesellschaft. Wir bekennen uns dazu, an einer undemokratischen, geistig indoktrinierenden und politisch totalitären Deformation der Gesellschaft mit allen Folgen für Ethos und Anspruch der Wissenschaften, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften selbst, für Würde und Integrität der Person, für Geist und Moral der Gesellschaft, mitgewirkt zu haben.

Unsere Verantwortung liegt nicht nur darin begründet, den SED-Auftrag grundsätzlich nicht in Frage gestellt zu haben. Wir müssen uns eingestehen, daß die bei uns seit langem wachsende Überzeugung von der Notwendigkeit „tiefgreifender Reformen des Sozialismus“ immer an die Vorstellung gebunden blieb, diese Gesellschaft überhaupt reformieren zu können – bei Bewahrung der „führenden Rolle der Partei“ und Reform dieser Partei selbst. Wir haben versucht, dieses Konzept in unseren Lehrveranstaltungen flexibel, offen und problemorientiert umzusetzen. Wir meinten, damit zu einem intensiven Dialog mit Studenten und Wissenschaftlern der Hochschule beigetragen zu haben und glaubten uns darin mit der Mehrzahl der Hochschulangehörigen einig zu sein. Heute wissen wir, daß eine solche Sicht die Probleme nicht lösen half, sondern sie vertiefte und echte alternative Denkansätze nicht enthielt.

Zu einer historisch angemessenen Aufarbeitung gehört aber auch, daß in philosophischer und geisteswissenschaftlicher Forschung nicht nur an unserer Sektion neuartige Theorieansätze entwickelt worden sind, die freilich unter den damaligen politischen Bedingungen nur sehr eingeschränkt wirksam werden konnten. Das ging sicher nicht nur uns so. Wir halten es für legitim, darauf hinzuweisen, daß bestimmte, in den vergangenen Jahren in der Forschung geleistete Arbeiten, z. B. einem an den Technikwissenschaften orientierten pluralistischen Wissenschaftsverständnis, zum Dialog zwischen Christen und Marxisten über den Entwicklungsprozeß von Wissenschaft und Technik sowie Ansätze zu philosophischen Fragen der Geowissenschaften, aber auch wissenschaftliche Untersuchungen anderer Kolleginnen und Kollegen unserer Sektion, weitergeführt werden könnten.

Hieraus leiten wir für uns die Möglichkeit ab, an einer demokratischen Erneuerung der Hochschule gerade auch im geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich mitzuwirken.

Dazu gehört für uns das Bekenntnis zur Notwendigkeit des entschiedenen Bruchs mit den bisherigen Bildungsinhalten und –strukturen, die sich im Hochschulwesen der DDR nicht zuletzt im ideologischen Machtmonopol der bisherigen Sektionen für Marxismus-Leninismus verkörperten. Dieser Bruch ist weder durch formale Umbenennung noch einfach fortschreibende Neubestimmung von Lehr- und Forschungsinhalten – scheinbar gerechtfertigt durch Verweise auf Verantwortung und Schuld anderer – zu vollziehen. Um so mehr ist mit der Auflösung der bisherigen Sektionen für Marxismus-Leninismus und der auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses vom 23.5.90 zu vollziehenden Abberufung aller Professoren und Dozenten für Marxismus-Leninismus die Aufgabe gestellt, Notwendigkeit, Inhalt und Strukturen künftiger philosophisch-sozialwissenschaftlicher Lehre und Forschung zu bestimmen.

Zwei Probleme scheinen von prinzipieller Geltung:

1. Ausgehend vom künftigen Profil der Bergakademie Freiberg als technischer Hochschule im Rahmen gesamtdeutscher Entwicklung und auch hochschulpolitisch absehbarer Länderstruktur ist der Stellenwert geisteswissenschaftlich-humanistischer

Ausbildung und Forschung abzustecken. Es ist sicher unbestritten, daß humanistische geisteswissenschaftliche Bildung und Forschung für die Entwicklung der Natur- und Ingenieurwissenschaften auch an der Bergakademie auf Dauer unverzichtbar sind und notwendiger Dialog-Partner in Lehre und Forschung sein müssen. Nicht nur vergleichbare Erfahrungen der Mehrheit bundesdeutscher Hochschulen mit natur- und ingenieurwissenschaftlichem Profil, sondern vor allem auch wissenschaftsinterne Erfordernisse universaler humanistischer Wissenschaftsentwicklung in der Gegenwart sollten dafür sprechen, einem rigorosen Abbau philosophisch-sozialwissenschaftlicher Bildung zu widerstehen, auch wenn die Verführung dazu groß ist. Als universitär geprägte Hochschule, die nicht den Weg zu einer Fachhochschule einzuschlagen gewillt ist, sollten philosophisch-sozialwissenschaftliche Lehrstühle einen Platz im künftigen Profil der Bergakademie finden. Dabei kann es sowohl aus inhaltlichen wie letztlich auch finanziellen Gründen nicht darum gehen, einen thematisch-strukturell und personell unangemessen breiten Bereich zu installieren, sondern es geht um einen streng an den Erfordernissen ingenieurwissenschaftlichen Profils der Bergakademie und den gegebenen Voraussetzungen und Möglichkeiten orientierten Inhalt und Umfang.

2. Die völlige Neuprofilierung eines philosophisch-sozialwissenschaftlichen Bereiches an der Hochschule sollte sowohl inhaltlich wie personell ein wirklich humanistisches, demokratisches und weltanschaulich-theoretisch pluralistisches Studium und Forschen gewährleisten. Das bedingt die prinzipielle personelle wie wissenschaftliche Öffnung eines solchen Bereiches für das gleichberechtigte Vertreten humanistischer Sozialtheorien und Philosophien gegen jede verordnete Indoktrination. Einziges Kriterium für die personelle Besetzung neuer Lehrstühle und Dozenturen auf diesem Gebiet darf die wissenschaftliche und ethische Integrität der zu Berufenden – orientiert am Hochschulprofil – sein. Die Frage, ob in einem solchen Profil auch Komponenten in Lehre und Forschung enthalten sein können, die sich an Marxschen Denktraditionen orientieren, sollte beachtet und ohne wiederum ideologisierende Ausgrenzungen sachlich geprüft werden.

Zunächst inhaltlich, dann durch öffentliche Ausschreibung auch personell, ist die pluralistische Öffnung neuer philosophisch-sozialwissenschaftlicher Lehrstühle/Lehrbereiche zu sichern.

Die Struktur eines solchen Profils ist zwar variierbar, aber in ihren Grundsätzen vom Profil der Bergakademie sowie von der angestrebten Komplexität bei der Ausgestaltung und Ausfüllung dieses Profils in Lehre und Forschung abhängig. Für eine solche Bestimmung erscheint uns der Wissenschaftsbereich „Geschichte der Produktivkräfte“ der systematische Ausgangspunkt, der auch in einem einheitlichen Deutschland wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Geschichte der Wirtschaft und der Wissenschaft im Bereich des Montanwesens zu leisten haben wird. Entgegen früheren Vorstellungen, diesen Bereich nach 1994 weiter zu reduzieren, schlagen wir als Minimalvariante (1) die Erweiterung dieses Bereichs durch Lehrstühle bzw. Arbeitsgebiete zur allgemeinen Geschichte und zu Philosophie vor, durch welche nicht zuletzt Lehrveranstaltungen im Rahmen eines studium generale übernommen werden sollten. Als mittlere Variante (2) wäre die Entwicklung des genannten Wissenschaftsbereiches zu einem Institut für Geschichte des Montanwesens denkbar, in dem über die zu (1) geäußerten Vorstellungen hinaus weitere Lehr- und Forschungsgebiete etabliert werden könnten.

Eine Maximalvariante (3) würde die Bildung eines sozialwissenschaftlichen Instituts neben dem unter (1) genannten Wissenschaftsbereich darstellen, in dem geistes- und sozialwissenschaftliche Aspekte der Entwicklung auf dem Gebiet der Profillinien der Bergakademie bearbeitet werden.

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Notwendigkeit und Strukturen eines solchen Bereiches ist es unseres Erachtens unverzichtbar, die Stellung der Bergakademie Freiberg als territoriales, auf das Land Sachsen bezogenes geistig-kulturelles Zentrum zu beachten. Nicht zuletzt daraus ergeben sich erhebliche Möglichkeiten der Wirkung eines philosophisch-sozialwissenschaftlichen Bereiches als geisteswissenschaftliches Zentrum der Weiterbildung zu Fragen der Wissenschaftsentwicklung im Territorium Sachsen, woraus sich möglicherweise auch Teile der Finanzierungsproblematik lösen ließen.

Der im Vorangegangenen entwickelte Strukturvorschlag ist natürlich viel zu allgemein, als daß er mehr als nur erste orientierende Denkmöglichkeiten zu enthalten imstande wäre. Ein konkreterer Vorschlag unsererseits – der durchaus, zwar nur unsere Wissenschaftsgebiete betreffend, möglich wäre – könnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt erneut auf den Vorwurf treffen, wir wollten unkritisch bisherige Arbeitsrichtungen fortsetzen und damit letztlich auch Fragen der künftigen personellen Besetzung zugunsten „alter“ Personalstrukturen vorentscheiden. Dieser Verdacht läge sonst nahe.

Wir verstehen es aber gerade wegen unserer Verantwortung, die wir für unsere bisherige Arbeit tragen, als unsere Pflicht, mit diesem Brief einen Beitrag zur tatsächlich pluralistischen und humanistischen Erneuerung von Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften an der Bergakademie Freiberg einzubringen.

Prof. Dr. phil.habil. Frank Richter

Doz. Dr. sc.phil Michael Düsing

Freiberg, den 22.6.90

Interessanterweise fand dieser Brief unter den damals Anwesenden am Institut auch nicht einen einzigen zusätzlichen Befürworter. Kritik wurde u.a. an der zu negativen Wertung der DDR-Gesellschaft und an dem „widerwärtigen Anbieten“ im Schlußteil des Briefes geübt. Was als Willenserklärung der ganzen Sektion entworfen worden war und nicht an eine kleine Gruppe von „Reformern“ an der Hochschule, sondern an deren Öffentlichkeit gerichtet sein sollte, blieb so die Einzelmeinung zweier Mitglieder dieses Hauses. Der Brief wurde am Schwarzen Brett in der Mensa ausgehängt, eine Antwort blieb aus und die Reaktion unter den Hochschulangehörigen war ganz sicher konträr.

Mit einer gewissen, zeitweiligen personellen Kontinuität (Professor Wächtler, Professor Richter) erfolgte sofort der Aufbau eines Studium generale auf der Basis der vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) gegebenen Richtlinien – selbst wenn das Studium generale in den alten Bundesländern schon damals von manchem aus dem Westen als gescheitert angesehen worden war.

Praktisch das letzte Wort aus der ursprünglichen Sektion Marxismus-Leninismus war mein Buch *Philosophie in der Krise* (Dietz-Verlag Berlin, 1991), das – in seinen Grundzügen vor der Wende entstanden – unter dem Eindruck und im Takt jenes Vorganges noch zweimal überarbeitet werden mußte. Seinen marxistischen Grundtenor hat es dabei nicht verloren. Freilich ist es für den heutigen Marxismus immer noch ein ungelöstes Problem, was damals eigentlich und warum es so geschehen ist, ob es eine Revolution war oder eine Konterrevolution – oder nicht vielleicht doch etwas ganz anderes, das mit der traditionellen Terminologie des

Marxismus gar nicht darstellbar ist und insofern auch ganz neue Anforderungen an eine Theorie stellt, die ihre Herkunft von Karl Marx nicht verleugnet.